

**Antrag
zur Mitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Trier**

08.10.2015

Grundrecht auf Asyl ist nicht verhandelbar

Antragsteller*In: Der Vorstand

Mehr als doppelt so viele Geflüchtete wie es das Bundesinnenministerium Anfang des Jahres vorausgesagt hatte, werden dieses Jahr nach Deutschland kommen. Obwohl durch den Krieg im Nahen Osten und vor allem in Syrien schon absehbar war, dass sich weitaus mehr Geflüchtete auf den Weg nach Europa und Deutschland machen, hat die Bundesregierung viel zu lange nicht gehandelt. Nun fehlt es nicht nur an Platz in Erstaufnahmeeinrichtungen, an Unterkünften, an Betten, Nahrung, Dolmetscher*innen und Sozialarbeiter*innen und medizinischer Versorgung, sondern auch schlicht an Geld, gerade für die ohnehin überschuldeten Kommunen und Länder. Als Trierer Grüne sind wir uns der Herausforderung bewusst, die Geflüchteten menschenwürdig zu versorgen und ihnen Teilhabe zu ermöglichen; wir sehen darin eine der bedeutendsten Aufgaben, welcher die Politik in den kommenden Jahrzehnten gegenüber steht. Wir unterstützen alle Bemühungen der Länder und Kommunen, menschenwürdige Politik durchzusetzen und die Bedingungen für geflüchtete Menschen zu verbessern. Wer helfen will, muss die bei Ländern und Kommunen anfallenden Kosten übernehmen. Dazu zeigt die Bundesregierung bisher keinen Willen. Sie nutzt die Unterfinanzierung vieler Länder und Kommunen aus, indem sie die Aussicht auf die notwendigen Gelder an die Durchsetzung von Asylrechtsverschärfungen koppelt. Wir fordern GRÜNE auf, bei so einer Erpressungspolitik nicht mitzumachen.

Das beim Bund-Länder-Flüchtlingsgipfel ausgehandelte Maßnahmenpaket trägt an vielen Stellen die Handschrift von CDU und CSU, die auf Abschreckung und Ausgrenzung setzen. Nötig wäre stattdessen, das unsägliche Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen, damit Geflüchtete direkten Zugang zu Sozialleistungen haben. Die Zeit in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende muss möglichst kurz sein – statt sie auf sechs Monate auszuweiten – und die Kommunen müssen dauerhaft finanziell entlastet werden. Vor allem aber gilt: Das Recht auf Asyl ist ein unverrückbares, individuelles Grundrecht. Es darf nicht zwischen „guten Flüchtlingen“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“ unterschieden werden. Deshalb müssen die Regelungen zu sicheren Herkunftsstaaten abgeschafft und nicht ausgeweitet werden. Die Ausweitung sicherer Herkunftsstaaten ist nicht mehr als bloße Symbolpolitik gegen Geflüchtete. Wir lehnen das Konstrukt der „sicheren Herkunftsstaaten“ und jede Erweiterung dieser Liste entschieden ab. Gerade die von der Bundesregierung gewollte Aufnahme des Staates Kosovo in diese Liste zeigt die Absurdität dieses Konstrukts besonders deutlich. Der Kosovo ist ein bis heute noch nicht von allen Mitgliedsstaaten der EU anerkannter Staat. Darüber hinaus sind noch immer knapp 700 Bundeswehrsoldat*innen im Kosovo stationiert. Dieses Land gleichzeitig als „sicher“ zu bezeichnen ist zynisch.

Keine Zustimmung von Rheinland-Pfalz im Bundesrat!

Selbstverständlich sind in einer Koalition Kompromisse nötig. Doch wir sagen klar: Keine Kompromisse bei Grundrechten! Das Grundrecht auf Asyl ist für uns nicht verhandelbar, unabhängig von allen real- oder koalitionspolitischen Zwängen, in denen sich die rheinlandpfälzische GRÜNE Landtagsfraktion und GRÜNE Regierungsmitglieder befinden. Bei dieser Frage geht es um ein

51 Grund- und Menschenrecht, weshalb hier aus Sicht der Trierer Grünen kein einfacher Kompro-
52 miss, wie bei anderen politischen Sachfragen, abgeschlossen werden kann.
53 Zwar sind auch positive Maßnahmen in dem Asylpaket enthalten, die GRÜNE schon lange for-
54 dern, aber die weitere Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl durch die Ausweitung der so ge-
55 nannten „sicheren Herkunftstaaten“, den Ersatz von Geldleistungen durch Sachleistungen sowie
56 der längere Verbleib in den Erstaufnahmeeinrichtungen sind Grund genug diesem Paket die Zu-
57 stimmung zu verweigern. Der geplante Ersatz von Geldleistungen durch Sachleistungen in Erst-
58 aufnahmeeinrichtungen ist eine diskriminierende Maßnahme gegen Geflüchtete, die ihnen ihr
59 Selbstbestimmungsrecht abspricht und Ressentiments bedient. Genauso diskriminierend ist die
60 geplante Kürzung der Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz für Geflüchtete, die über
61 andere EU-Staaten nach Deutschland eingereist sind und deren Asylantrag nach dem gescheiter-
62 ten Dublin-III-System in dem Land gestellt werden müsste, wo sie zuerst die EU erreicht haben.
63 Das Absenken der Sozialleistungen unter das soziokulturelle Existenzminimum ist verfassungs-
64 widrig – urteilte doch 2012 das Bundesverfassungsgericht, dass migrationspolitische Erwägungen
65 die Gewährung des Existenzminimums nicht beeinflussen dürfen.

66
67 Natürlich würden in Rheinland-Pfalz einige Grausamkeiten des Pakets (wie etwa Sachleistungen
68 oder der lange Verbleib in den Erstaufnahmeeinrichtungen) gar nicht umgesetzt werden (kön-
69 nen). Aber einem Paket, das die Unionsparteien öffentlich als härteste Verschärfung des Asyl-
70 rechts seit den 1990er Jahren feiern, können GRÜNE nicht zustimmen. Der Rat für Migration, die
71 Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Menschenrechtsorganisationen und weitere mit Flüchtlingsarbeit
72 und Asylrecht befasste Akteure der Zivilgesellschaft lehnen das Paket ab. Eine Zustimmung der
73 rotgrünen rheinland-pfälzischen Landesregierung zu diesem Asylrechtsverschärfungspaket der
74 Bundesregierung im Bundesrat wäre unseren Mitgliedern kaum vermittelbar. So kurz vor einem
75 wichtigen Wahlkampf können die GRÜNE Regierungsfraktion und die GRÜNEN Regierungsmit-
76 glieder den GRÜNEN Aktivist*innen im Land einen solchen Kompromiss nicht zumuten. Im Wahl-
77 kampf braucht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN RHEINLAND-PFALZ bis in die Haarspitzen motivierte
78 Mitglieder, hierfür wäre eine Zustimmung von Rheinland-Pfalz zum Asylpaket keine Grundlage.
79 Die GRÜNE Bewegung war immer die, die sich für Geflüchtete eingesetzt und uneingeschränkte
80 Solidarität mit Menschen geübt hat, die vor Krieg, Vertreibung und Diskriminierung flüchten
81 mussten. Dieser Status darf in Rheinland-Pfalz im Herbst 2015 keine Kratzer bekommen.

82
83 Erst beim Kleinen Parteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN RHEINLAND-PFALZ am 12. September
84 2015 in Kaiserslautern hat die GRÜNE Landespartei mit einem Beschluss die Ausweitung sicherer
85 Herkunftsländer nahezu einstimmig abgelehnt. Diesen Beschluss begrüßen wir und erwarten,
86 dass er nun im Abstimmungsverhalten der GRÜNEN Regierungsmitglieder im Bundesrat Nieder-
87 schlag findet. Keine weitere Ausweitung der sicheren Herkunftsländer – so hat es beispielsweise
88 erst die BDK im November 2014 beschlossen. GRÜNE sollten sich an diesem asylpolitischen
89 Grundsatz der Partei auf allen Ebenen orientieren.

90
91 Die Trierer Grünen fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN RHEINLAND-PFALZ, die Fraktion BÜNDNIS
92 90/DIE GRÜNEN IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ sowie die GRÜNEN Mitglieder der Landesregie-
93 rung dazu auf, sich gegen eine Zustimmung des Landes Rheinland-Pfalz zum Bund-Länder-
94 Asylpaket im Bundesrat einzusetzen und den geplanten Asylrechtsverschärfungen die Zustim-
95 mung zu verweigern. **Keine Kompromisse bei Grundrechten!**